

Anlehnung an den großen Bruder

Was die Verteidigungsministerin sagte – und was leider nicht

Petra Erler

Joe Biden hat den Kern seiner außenpolitischen Agenda offengelegt: Mit ihm seien die USA wieder bereit, „die Welt zu führen“ und ihren Platz „an der Spitze des Tisches“ einzunehmen. Damit unterscheidet sich der außenpolitische Anspruch von Biden nicht von dem seiner Vorgänger. Biden verspricht höflichere Tischherren-Manieren. Wer aber glaubt, demnächst ziehe ein aufgeklärter Fürst ins Weiße Haus; einer, der sich als Gleicher unter Gleichen empfindet, ein wohlwollender Partner und ein-sichtsvoller Freund, sollte die außenpolitische Vita von Joe Biden studieren und genau hinsehen, wer seinem engsten Führungskreis angehören soll. Gerade deshalb ist Wolfgang Ischinger zu widersprechen, wenn er fordert, dass die EU endlich die „Sprache der Macht lernen sollte“. Das Gegenteil ist richtig! Das globale Alleinstellungsmerkmal der EU ist der anhaltende Nachweis, dass Frieden zwischen einst tief verfeindeten Völkern möglich ist und dauerhafte Züge trägt und das geht nur, wenn auf die Sprache der Macht verzichtet wird. Dieser friedenspolitische Auftrag der EU, der noch nicht vollständig erfüllt ist, berechtigt sie zu einem selbstbewussten Auftreten als globaler Akteur.

Wie weit wir von einem derartigen europäischen Selbstbewusstsein entfernt sind, zeigte die zweite Grundsatzrede der Bundesverteidigungsministerin in Hamburg vor künftigen Soldatinnen und Soldaten. Sie erteilte einer „europäischen“ (gemeint ist die EU) strategischen Autonomie von den USA eine Absage und erklärte die EU bzw. Deutschland zum „Anlehnungspartner“. Ihre Argumentation, dass man gleichzeitig dennoch mehr in die EU-Verteidigung investieren müsse, entlehnte sie dem Bundespräsidenten, der dies als „beste Chance“ bezeichnet hatte, die USA „in der Allianz zu halten“. Allerdings hatten die USA auch unter Trump zu keinem Zeitpunkt die Absicht erkennen lassen, die NATO und ihre Führungsrolle in der Allianz aufzugeben. Unter Biden werden sich die finanziellen Erwartungen an die europäischen NATO-Mitglieder eher verstärken, denn längst sind die US-Demokraten zur Aufrüstungspartei mutiert.

Die weitreichendste Aussage der Verteidigungsministerin, die Deutschland in einer wachsenden globalen „Verantwortung“ sieht, betraf die nukleare Teilhabe. Im Klartext bedeutet das, dass Deutschland auch weiterhin (quasi als „Anlehnungssoldat“) bei der Planung und dem Einsatz von

NATO = US-Nuklearwaffen dabei sein will. Warum sie das möchte, hat sie den Zuhörern nicht erklärt. Geht es ihr darum, Atomkriegsplanungen so zu beeinflussen, dass sie unmöglich werden? Geht es ihr um ein deutsches Veto gegen den Einsatz solcher Waffen? Oder geht es ihr darum, Deutschland in den elitären Club derer zu befördern, die durch die Verfügung über Nuklearwaffen über Zukunft und Untergang der menschlichen Zivilisation entscheiden?

Was fehlte bei AKK?

Natürlich hätte die Verteidigungsministerin auch sagen können, dass sich die Bundesregierung (langfristig) für die Abschaffung solcher Waffen einsetzt, dass ein entsprechendes UN-Verbot von Kernwaffen inzwischen von mehr als 50 Staaten ratifiziert wurde und Deutschland einen Beitritt prüft (welche Partei stellt eigentlich den Außenminister?) und dass auch ein regional begrenzter Einsatz solcher Waffen für die ganze Welt gefährlich ist. Aber das passte nicht in ihr Redekonzept. Sie hätte sagen können, dass die Streitkräfte die Umwelt zerstören und den Klimawandel vorantreiben. Sie hätte sagen können, dass sie alles dafür tun wird, damit jeder Soldat und jede Soldatin der Bundeswehr gut gebildet und militärisch vorbereitet ist, aber dass Kriege in unserer Zeit keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln werden dürfen. Alle Kriege der jüngeren Zeit verfehlten ihr politisches Ziel und führten zu mehr Unsicherheit. Sie hätte ihre Sorge zum Ausdruck bringen können vor einer weltweiten Rüstungsspirale. Sie hätte einen designierten US-Präsidenten Biden auffordern können, eine neue Phase der nuklearen Kontrolle und Abrüstung zu starten, was im originären deutschen und europäischen Interesse liegt. All das hat sie nicht getan. Stattdessen hat sie dankbar die Gelegenheit ergriffen, sich unterwürfig an den großen Bruder anzulehnen. So viel zu unserem Schicksal, dass wir laut Bundeskanzlerin in die eigenen Hände nehmen müssen. 🌐

Dr. Petra Erler

Politikwissenschaftlerin, 2006–2010 Chefin des Kabinetts von EU-Kommissar Günter Verheugen, seit 2010 Geschäftsführerin von The European Experience, Potsdam

pe@european-experience.de

